

Zukunft Schweiz Aufwachen, Chancen nutzen!

In vier Wochen ist es so weit. Kinderaugen leuchten, wenn sie das Nest mit Schweizer Qualitätsschokolade und allerlei schönen Dingen finden. So lange wie möglich lassen wir die Kinder im Glauben an den herzigen Osterhasen. Und doch sind wir über ihren Scharfsinn entzückt, wenn sie feststellen, dass nicht das kuschlige Langohr, sondern die Finanzkraft der Eltern dafür sorgt, dass die Osterüberraschung reichhaltig ausfällt.

Gesellschaft, Wirtschaft und Politik müssen wieder eine Sprache finden

Dieser Scharfsinn scheint vielen Schweizern zu fehlen – vor allem jenen, die lautstark melden, die Wirtschaft habe sich nicht in die Politik einzumischen. Es war kein Eiertanz, als sich mit dem UBS-Chef Sergio Ermotti mutig ein Wirtschaftsvertreter zu Wort meldete, der nicht nur im Banking engagiert ist, sondern auch in seinem Heimatkanton einiges investiert. Als Unternehmerin liegt mir viel daran, dass Gesellschaft, Wirtschaft und Politik wieder eine gemeinsame Sprache finden und wir alle unseren Wohlstand als ein nicht vom Hasen geschenktes Gut betrachten.

Unsere Lebensqualität verdanken wir einer gesunden Wirtschaft, hart arbeitenden Menschen und ebenso unserem gut funktionierenden Staat oder Bildungssystem. Die traurige Tatsache jedoch ist, dass wir mit der Annahme von Vorlagen und der Duldung grassierender Regulierungswut das Erfolgsmodell Schweiz in Gefahr bringen. Wollen wir der nächsten Generation mehr als Osterneester versprechen und wahrhaftige Perspektiven geben sowie Innovationen fördern, so gilt es dringend, das gegenseitige Verständnis zwischen Wirtschaft und Politik zu fördern.



Nathalie Bachmann Frozza
Unternehmerin

«Meine Generation verliert das Interesse an der Schweizer Politik. Politisieren gilt als unsexy.»

Ich stelle fest, dass gerade meine Generation das Interesse an der Schweizer Politik zunehmend verliert. Politisieren gilt als unsexy. Als freitend denkende Macherin glaube ich, dass der Wandel bei sich selbst anfängt. Und als studierte Wirtschaftspsychologin liegt mir nahe, in den Tiefen der menschlich-schweizerischen Seele die Gründe zu erforschen. Zwei Erklärungen zu der in letzter Zeit so oft zitierten Kluft:

Erstens motiviert die Angst, etwas zu verlieren, Menschen stärker als die Aussicht, etwas zu gewinnen. Greifbare Vorteile werden nicht wahrgenommen, um die entferntere Chance des Versagens zu vermeiden. Sich mit einer pointierten politischen Meinung zu äussern, könnte der Karriere schaden. Also hält man den Mund. Dabei sind Köpfe mit Ecken und Kanten gefragt!

Zweitens wirkt der «Halo-Effekt». Der Gesamteindruck wird von einem positiven oder negativen Aspekt gänzlich überstrahlt. Banken oder Swissair: In Firmen, welche die schweizerische Identität prägten, versagten die Chefs. Wirtschaftslenker verloren so dramatisch an Glaubwürdigkeit. Und das Vertrauen der Politik in die gesamte Wirtschaft sinkt laufend weiter.

Vier Möglichkeiten, um die wachsende Kluft zu schliessen

Wie aber lässt sich die Kluft schliessen? So sähe für mich ein zukunftsgerichteter Vorschlag aus:

1. Verantwortung: Ich bin stolz auf unser freizeithiliches System. Freiheit bedeutet Verantwortung. Es ist eines jeden Verantwortung, seine Meinung zu äussern und Fragen zu stellen. Dies wiederum bedingt, mit Widersprüchen umzugehen. Ich wünsche mir mutige Macher, die ihre eigenen Ideen mit Tatkraft umsetzen. Denn wie das Weltwirtschaftsforum in einer aktuellen Umfrage als Zukunftsproblem

feststellt: Es fehlt an Leadership. Wir brauchen in der Wirtschaft glaubwürdige Vertreter, die wissen, wovon sie sprechen, den Blick für die Welt jenseits des Gartenzauns geschärft haben und sich aktiv in die Politik einbringen.

2. Neugierde: Wenn ich mich nicht persönlich für das Gegenüber, die Umwelt oder den Betrieb interessiere, ist dies nicht nachhaltig. Fehlt wahres Interesse, werden Entscheidungen ohne Verantwortung getroffen und können böse Folgen haben – dies hat uns die jüngste Vergangenheit gelehrt. Hören wir einander – Politik und Wirtschaft – aktiv zu und begrüssen eine gelebte Debatte, einen ehrlichen Dialog.

3. Kreativität: Diese wird in unseren Schulen, in unserem Ausbildungssystem als wichtiger Wert betrachtet und vermittelt – aber kommt die Nachricht auch an? Die Freiheiten zum Nutzen und zur Umsetzung der eigenen Kreativität: Das sind grosse Standortvorteile gegenüber den autoritären, aufstrebenden Ländern. Kreativität im Staatskundeunterricht wäre eine weitere wichtige Massnahme, um bei jungen Menschen das Interesse an der Politik zu wecken.

4. Gelebte Fehlerkultur: Ohne die Möglichkeit zu scheitern, ist kein Erfolg denkbar. Ein Fehler wird nie mehr wiederholt und generiert den grössten Lerneffekt. Ich wünsche mir, dass wir wieder lernen, gerne zu gewinnen. Wer gewinnen lernt, lernt auch zu verlieren. Ich wünsche mir mehr Sportsgeist. Ohne Wagnis und Fehlerbereitschaft gibt es weder Unternehmertum noch Rendite und Wohlstand.

Das Ei des Kolumbus? Ich meine, ein Schritt in die richtige Richtung – das «Ei der Wirtschaft» – und wünsche frohe Ostern.

Die Autorin ist Gründerin und Partnerin der Kommunikationsberatung Essence Relations und Geschäftsführerin von StrategieDialog21, der Diskussionsplattform für Wirtschaft & Technologie, Bildung & Kultur und Gesellschaft & Individuum.

Energiesteuer Gefährlich und nutzlos

Die Absicht der Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» mag durchaus gut gemeint sein. Aber die vorgeschlagenen Instrumente taugen nichts. Die angestrebte Energiewende braucht tatsächlich finanzielle Anreize. Deshalb bereiten Bundesrat und Parlament mit der ökologischen Steuerreform ein Lenkungssystem vor, welches die Fehler der Volksinitiative nicht beinhalten wird. Der Vorschlag der Grünliberalen ist deshalb klar abzulehnen.

Die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» will die Mehrwertsteuer durch eine hohe Steuer auf Benzin, Diesel, Öl, Gas und Strom aus nicht erneuerbaren Quellen ersetzen. Damit stellt sie unser bewährtes Steuersystem auf den Kopf und gefährdet die Staatsfinanzen. Das Zynische daran ist, dass die Initiative genau dann finanzpolitischen Selbstmord bedeuten würde, wenn sie ihr ansonsten lobenswertes Ziel erreicht. Wenn nämlich aufgrund dieser Energiesteuer tatsächlich weniger nicht erneuerbare Energie verbraucht würde, sinken die Einnahmen aus der Energiesteuer. Dies wird aber nie eintreffen dürfen, da die Energiesteuer ja gleichzeitig auch die Mehrwertsteuer ersetzen müsste.

Die Mehrwertsteuer ist mit über 22 Milliarden Franken pro Jahr die wichtigste Einnahme-



«Mehrwertsteuer würde durch eine neue Steuer ersetzt werden.»

Martin Landolt
Nationalrat und Präsident der BDP

quelle der öffentlichen Hand sowie der Sozialwerke. Es ist undenkbar und wäre mit katastrophalen Konsequenzen verbunden, wenn diese Einnahmen sukzessive wegbrechen. Eine Energiesteuer müsste also aus finanzpolitischen Gründen stetig erhöht werden, wenn der Energieverbrauch sinkt. Daraus entsteht ein fataler Teufelskreis für Wirtschaft und Gewerbe ebenso wie für Mieter und Hauseigentümer. Höhere Preise für die Konsumenten, eine Verteuerung der inländischen Produktion und gefährliche Wettbewerbsnachteile gegenüber dem Ausland wären die volle Breitseite der Konsequenzen.

Es gibt also genau zwei mögliche Auswirkungen, wenn diese unsinnige Initiative angenommen würde. Entweder werden die Energiepreise unerschwinglich hoch, weil die Steuern immer stärker angehoben werden müssen, oder

in der Bundeskasse klafft ein Milliardenloch. Beides wäre fatal.

Initiative hat groben Denkfehler und gefährdet Energiewende

Dieser grobe Denkfehler in der Initiative macht sie nicht nur finanzpolitisch verantwortungslos, sondern er würde auch die Energiewende gefährden. Denn diese muss als langfristiges Projekt geordnet über die Bühne gehen können. Wirtschaft und Konsumenten werden sich dann auf die neuen Rahmenbedingungen einstellen können, wenn sie dafür ein faires Zeitfenster erhalten. Überhastete Schnellschüsse – wie diese Initiative der Grünliberalen – gefährden das Ziel. Man spricht nicht ohne Grund von der Energiestrategie 2050. Die Energiewende ist nicht «endlich umzusetzen», wie die

Grünliberalen im Abstimmungskampf schreiben. Vielmehr ist sie jetzt mit aller Sorgfalt vorzubereiten und aufzugleisen – geordnet, pragmatisch, weitsichtig und verantwortungsvoll.

Es gilt deshalb, sich nun auf die ökologische Steuerreform zu konzentrieren, welche Bundesrat und Parlament zurzeit vorbereiten. Dieses Anreizsystem wird die heutige Subventionspolitik schrittweise durch ein marktwirtschaftliches System ablösen. Und vor allem wird dieses steuerlich neutral sein und nicht ein finanzpolitischer Rohrkrepierer. Es wird sich um ein wirkungsvolles Lenkungssystem handeln, welches den Verbrauch von Energie nicht mit der Finanzierung des Staates vermischt. Denn einen solchen Zielkonflikt vermag unser Standort nicht.

Die Initianten behaupten zudem, dass die Abschaffung der Mehrwertsteuer auch einen Abbau von Bürokratie bedeute. Die Freude darauf dürfte von kurzer Dauer sein. Denn die Mehrwertsteuer würde ja nicht einfach abgeschafft, sondern durch eine neue Steuer – die Energiesteuer – ersetzt. Diese müsste nicht nur stetig erhöht werden, sondern würde auch sehr differenziert auf unterschiedlichen Energieträgern erhoben werden. Überhaupt nicht unkompliziert, und wer hier Bürokratieabbau verspricht, der reitet einen toten Gaul, während der Amtsschimmel fröhlich weiterwiehern würde.

DIALOG



HZ Nr. 9 26.2.2015
«Bundesrat zwingen, Farbe zu bekennen»
Der Artikel von Urs Paul Engeler ist sehr interessant und aufschlussreich. Diese Fakten werden von den grünen/linken Gesinnungen jeweils verwässert und sogar negiert.
Nun meine Frage: Warum wird dagegen nichts unternommen? Warum wird nicht Transparenz vom Bundesrat verlangt? Warum steht der Bundesrat nicht hin und sagt: Dank

den Autofahrern haben wir eine solide finanzielle Basis für all die quersubventionierten Sperezenzen?
Eine Zeitung wie die «Handelszeitung» könnte doch die Initiative übernehmen und dies einfordern. Man könnte dies als Projekt starten und quartalsmässig auf einer ganzen Seite darüber berichten – dies würde den Druck auf den Bundesrat endlich erhöhen! Oder Sie könnten zu einem «freiwilligen autofreien Wochenende» aufrufen – die Finanzverluste würden den Bundesrat zwingen, Farbe zu bekennen.
Stefan Meier



HZ Nr. 9 26.2.2015
«Vorteile des gelungenen Netzwerkers»
Richtiges Netzwerken macht den Unterschied! via @Handelszeitung: Globale Kontaktbörse: Wie junge Schweizer Manager ihre weltweiten Netzwerke aufbauen.
Esther Herzog
@esther_herzog

HZ Nr. 9 26.2.2015
«Der Mitarbeiter als Mitunternehmer»
Mitarbeiter sollen handeln und denken wie Unterneh-

mer: Dazu braucht es deutlich mehr als finanzielle Anreize.
Ueli Haldimann
@uh_sanu

HZ Nr. 9 26.2.2015
«Investitionstipps der Handelszeitung»
Wer ist Charttechniker und wer setzt auf andere Signale? Spannender Bericht der @Handelszeitung
NicolasPascal
@nicolaspasca



HZ Nr. 9 26.2.2015
«Debatte über immer mehr Beamte»
Soeben habe ich den Artikel von Urs Paul Engeler gelesen. Der Journalist vertritt die Meinung, dass die Verwaltung an der Erhöhung des Personalbestandes schuld sei. Ich finde diese Ansicht viel zu einseitig. Engeler hat die zentrale Ursache nämlich vergessen. Es sind die Politiker selbst, die mit Gesetzen, Forderungen, Motionen und sonstigen Aktivitäten

für Arbeitsentstehung sorgen. Beispiel: Ein bürgerlicher Politiker möchte eine vollständige Übersetzung über die technischen Gegebenheiten des Schweizer Hochspannungsnetzes, weil ihm eine komplette Zusammenfassung nicht genügt. Sie können sich den Effekt auf das Personal selbst vorstellen. Wenn Engeler seine Vision des reinen Nachwächterstaates propagieren möchte, sollte er es besser in einer deklarierten Kolumne tun.
Dominique Houstek

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel